

Stenographisches Protokoll.

124. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

Dienstag, den 11. Juli 1922.

Tagesordnung: 1. Dritte Lesung des Bundesgesetzes über die Einführung einer Entschädigung für Lehrlinge (Gewerbeverordnungs-Novelle 1922). — 2. Bericht des Ausschusses für Verkehrswesen über den Antrag der Abgeordneten Wilhelm, Scheibein, Abram, Hermann und Genossen (944 der Beilagen), betreffend die Beschleunigung des Baues der Eisenbahn Landeck—Pfunds (1064 der Beilagen). — 3. Bericht des Justizauschusses über die Vorlage der Bundesregierung (804 der Beilagen), betreffend ein Bundesgesetz über Beschränkungen der Exekution (Exekutionsnovelle vom Jahre 1922) (1078 der Beilagen). — 4. Fortsetzung der Verhandlung über die Vorlage der Bundesregierung, betreffend ein Bundesgesetz über den unlauteren Wettbewerb (913 der Beilagen).

Inhalt.

Zuschriften der Bundesregierung,

betreffend die Gesetzentwürfe:

1. betreffend Sturmschäden des Ziegeldaches am Gebäude Wien, I., Fleischmarkt 19 (Lauenzergebäude) (1093 der Beilagen [Seite 3991] — Zuweisung an den Finanz- und Budgetauschuß [Seite 3996]);
2. betreffend Mündelsicherheit der 5½ prozentigen Teilschuldverschreibungen des von der oberösterreichischen Wasserkraft- und Elektrizitäts-Aktiengesellschaft in Linz aufzunehmenden Anlehens im Nennbetrage von 1000 Millionen Kronen (1094 der Beilagen [Seite 3991] — Zuweisung an den Finanz- und Budgetauschuß [Seite 3996];
3. betreffend die Anlage einer Zufahrtsstraße und die Durchführung baulicher Herstellungen bei der Tabakfabrik in Wien-Ottakring (1095 der Beilagen [Seite

3991] — Zuweisung an den Finanz- und Budgetauschuß [Seite 3996]);

4. betreffend bauliche Wiederherstellungsarbeiten in der Strafanstalt in Graz (1096 der Beilagen [Seite 3991] — Zuweisung an den Finanz- und Budgetauschuß [Seite 3996]).

Verhandlungen.

Dritte Lesung des Bundesgesetzes über die Einführung einer Entschädigung für Lehrlinge (Gewerbeverordnungs-Novelle 1922) (Seite 3992).

Bericht des Ausschusses für Verkehrswesen über den Antrag der Abgeordneten Wilhelm, Scheibein, Abram, Hermann und Genossen (944 der Beilagen), betreffend die Beschleunigung des Baues der Eisenbahn Landeck—Pfunds (1064 der Beilagen —

Redner: Berichterstatter Scheibin [Seite 3992], Bundesminister für Verkehrsweisen Dr. Odehnal [Seite 3993], die Abgeordneten Hauers [Seite 3994], Dr. Schmidt [Seite 3995] Annahme des Antrages des Ausschusses für Verkehrsweisen [Seite 3995]).

Bericht des Justizauschusses über die Vorlage der Bundesregierung (804 der Beilagen), betreffend ein Bundesgesetz, über Beschränkungen der Exekution (Exekutionsnovelle vom Jahre 1922) (1078 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Dr. Waiz [Seite 3995] — Annahme des Gesetzes in zweiter und dritter Lesung [Seite 3996]).

Ausschüsse.

Mitteilung des Vorsitzenden, betreffend die Niederlegung des Mandates als Ersatzmann im Ausschusse für soziale Verwaltung seitens des Abgeordneten Hammerstorfer (Seite 3996).

Ersatzwahl des Abgeordneten Scheibin als Ersatzmann im Ausschusse für soziale Verwaltung an Stelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Hammerstorfer (Seite 3996).

Verzeichnis

der in der Sitzung eingebrachten Anträge:

Anträge

1. der Abgeordneten Paulitsch, Scharfegger und Genossen, wegen Zuwendung eines außerordentlichen Beitrages für die durch Hagelwetter geschädigte Gemeinde Ettendorf, Bezirk Wolfsberg in Kärnten (1097 der Beilagen);
2. der Abgeordneten Dr. Ferzabeč, Schönsteiner und Genossen, betreffend die Verstaatlichung des

österreichischen Blindenbildungswesens (1098 der Beilagen);

3. der Abgeordneten Dr. Deutsch, Sever und Genossen auf ein Gesetz, betreffend die Handhabung der Dienststrafgewalt bei der österreichischen Bundesgendarmarie (1099 der Beilagen).

Zur Verteilung gelangen am 11. Juli 1922:

die Regierungsvorlagen 1077, 1082, 1093, 1094 und 1095 der Beilagen;

der Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung 1081 der Beilagen;

der Bericht des Ausschusses für Erziehung und Unterricht 1092 der Beilagen;

der Antrag 1069 der Beilagen.

Beginn der Sitzung: 3 Uhr 15 Minuten nachmittags.

Vorsitzende: Präsident Dr. **Weiskirchner**,
zweiter Präsident **Beth**, dritter Präsident
Dr. **Dinghofer**.

Schriftführer: **Heidel**, **Sever**.

Bundeskanzler: Dr. **Seipel**.

Vizekanzler und Leiter der Bundes-
ministeriums für Inneres und Unterricht:
Dr. **Frank**.

Bundesminister: Dr. **Grünberger** für
Äußeres, Dr. **Waber** für Justiz, **Dauguin** für
Heereswesen, **Ségur** für Finanzen, **Buchinger**
für Land- und Forstwirtschaft und Leiter des
Bundesministeriums für Volksernährung, **Kraft**
für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten,
Schmitz für soziale Verwaltung, Dr. **Odehnal**
für Verkehrsweisen, Dr. **Schneider**, betraut mit
der Führung der Angelegenheiten des Unterrichtes
und des Kultus.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll über die Sitzung vom
7. Juli ist in der Kanzlei zur Einsicht für die
Abgeordneten aufgelegt, unbeanstandet ge-
blieben und gilt daher als genehmigt.

Es sind Zuschriften eingelangt, mit denen
die Einbringung von Vorlagen der Bundesregierung
angekündigt wird.

Ich ersuche um Verlesung dieser Zuschriften.

Schriftführer **Sever** (liest):

„Auf Grund der mir in der Sitzung des
Ministerrates vom 7. Juni 1922 erteilten Er-
mächtigung beehre ich mich, den Entwurf eines
Bundesgesetzes, betreffend Sturmschäden des
Ziegeldaches am Gebäude, Wien, I., Fleisch-
markt 19 (Laurenzergebäude) (1093 der Beilagen),
mit dem Ersuchen zu übersenden, diesen Entwurf
als Vorlage der Bundesregierung der verfassungs-
mäßigen Behandlung zu unterziehen.“

Wien, 1. Juli 1922.

Der Bundesminister:
Kraft.“

„Auf Grund der mir in der Sitzung des
Ministerrates vom 7. Juli 1922 erteilten Er-

mächtigung beehre ich mich, den Entwurf eines
Bundesgesetzes, betreffend die Mündel-
sicherheit der 5½prozentigen Teilschuldver-
schreibungen des von der Oberösterreichischen
Wasserkraft- und Elektrizitäts-Aktiengesell-
schaft in Linz aufzunehmenden Anlehens im
Nennbetrage von 1000 Millionen Kronen (1094
der Beilagen), mit dem Ersuchen zu übersenden,
diesen Entwurf als Vorlage der Bundesregierung
der verfassungsmäßigen Behandlung zu unter-
ziehen.“

Wien, 8. Juli 1922.

Der Bundesminister:
Ségur.“

„Auf Grund der mir in der Sitzung des
Ministerrates vom 7. Juli 1922 erteilten Er-
mächtigung beehre ich mich, den Entwurf eines
Bundesgesetzes, betreffend die Anlage einer
Zufahrtsstraße und die Durchführung bau-
licher Herstellungen bei der Tabakfabrik
in Wien-Dttafing (1095 der Beilagen), mit
dem Ersuchen zu übersenden, diesen Entwurf als
Vorlage der Bundesregierung der verfassungsmäßigen
Behandlung zu unterziehen.“

Wien, 8. Juli 1922.

Der Bundesminister:
Ségur.“

„Auf Grund des Ministerratsbeschlusses vom
7. Juli 1922 beehre ich mich, den Entwurf eines
Bundesgesetzes, betreffend bauliche Wieder-
herstellungsarbeiten in der Strafanstalt in
Graz (1096 der Beilagen), mit dem Ersuchen
zu übersenden, den Entwurf als Regierungsvorlage
der verfassungsmäßigen Behandlung zuzuführen.“

Wien, 7. Juli 1922.

Der Bundesminister:
Waber.“

Präsident: Diese Vorlagen werden
geschäftsmäßig behandelt werden.

Wir gelangen zur Tagesordnung.

Erster Punkt ist die dritte Lesung des
Bundesgesetzes über die Einführung einer
Entschädigung für Lehrlinge (Gewerbe-
ordnungsnovelle 1922).

Wünscht der Herr Berichterstatter Abgeordneter Dr. Resch das Wort?

Berichterstatter Dr. Resch: Ich danke, ich verzichte.

Präsident: Es ist nicht der Fall. Wir schreiten zur Abstimmung.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dem Gesetze auch in dritter Lesung ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschicht.) Das hohe Haus hat das Bundesgesetz über die Einführung einer Entschädigung für Lehrlinge (Gewerbeordnungsnovelle 1922) auch in dritter Lesung genehmigt.

Wir kommen zum zweiten Punkte der Tagesordnung, das ist der Bericht des Ausschusses für Verkehrswesen über den Antrag der Abgeordneten Wilhelm, Scheibin, Abram, Hermann und Genossen (944 der Beilagen), betreffend die Beschleunigung des Baues der Eisenbahn Landeck—Pfund (1064 der Beilagen).

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Scheibin, als Berichterstatter die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Scheibin: Hohes Haus! Viele Jahre hindurch hat Nordtirol den Versuch gemacht, den Bahnbau von Landeck nach Meran hinüberzubringen. Aus strategischen Rücksichten hat man Nordtirol immer verkürzt und Südtirol hat die schönen Bahnen bekommen. Im Jahre 1917 hat nun das Eisenbahnregiment den Bahnbau von Landeck hinaus begonnen, bis zum Zusammenbruch weitergeführt und in einem wirklich unglaublichen Zustand zurückgelassen und jetzt wird er von der Firma Mayreder und Kraus und vom Baumeister Rörger in zwei Bauweisen weitergeführt. Bei dem Bau sind jetzt zirka 245 Arbeiter beschäftigt, die lediglich Ausbesserungsarbeiten verrichten. Bei einer solchen Fortführung des Baues kann als absolut sicher angenommen werden, daß er nicht vor 15 Jahren beendet wird. Das Verkehrsministerium hat zur Beaufsichtigung dieses Baues 13 Beamte nach Landeck entsendet. Ich war am 14. Mai oben in Landeck und am 19. wurde dann der vorliegende Antrag im Hause eingebracht. Kaum war dieser Antrag im Hause gestellt, so hat es das Verkehrsministerium für notwendig erachtet, an die verschiedensten Tagesblätter eine Berichtigung hinauszugeben. Diese Berichtigung bezweckte die Verteidigung der Tätigkeit der Beamten und Aufsichtsorgane und beschäftigte sich auch mit der Arbeiterfrage selbst. Hohes Haus! Die Arbeiter in Landeck haben durch geraume Zeit hindurch fortwährend Beschwerden

gegen die leitenden Beamten bezüglich der Auszahlung u. dgl. zu erheben gehabt. Ich erwähne nur, daß am 8. Juni der Kollektivvertrag abgeschlossen wurde und daß ich durch ein Telegramm vom 19. Nachricht bekommen habe, daß die Arbeiter bis dahin die Nachzahlungen vom Mai noch nicht erhalten haben. Das Telegramm befagt kurz: Geld keines, mit der Nachzahlung warten. Wie steht es nun dort mit den Löhnen? Die Löhne betragen für Professionisten 465 K bis 570 K, für Hilfsarbeiter 346 K bis 470 K pro Stunde. Das sind ganz unhaltbare Zustände und es kann nicht damit gerechnet werden, daß es überhaupt möglich sein wird, den Bahnbau in der Form, wie er jetzt dort geführt wird, weiterzuführen. In der genannten Zuschrift wird erwähnt, daß die Herren vom Verkehrsministerium, die dort die Aufsicht führen, sehr stark beschäftigt sind, und es wird weiters behauptet, daß gegenwärtig nur mehr neun Herren dort beschäftigt sind. Ich konstatiere, daß mir hier die Liste vom 14. vorliegt und daß die im Antrage enthaltenen Angaben vollständig der Wahrheit entsprechen.

Der Ausschuß hat sich nun am 27. Juni mit dem Antrage beschäftigt und es ist ihm in der Wechselrede vollständig Rechnung getragen worden. Es wurde verlangt, daß erstens der Uferschutz am Inn bei der Reichsstraße bis zur Gerberbrücke in Landeck, zweitens die Strecke von der Gerberbrücke beim Tunnel bis zur Fließerau, der zirka 1800 Meter lang ist und die einzige Verbindung mit dem Oberinntal darstellt, raschestens fertiggestellt werde, denn dieses Gebiet ist fortwährend von Erdabrutschungen bedroht, und wenn der Bahnbau nicht fertiggestellt und damit die Erdabrutschungen bei Fließerau nicht verhütet werden, so ist die Verbindung mit den Ortschaften im oberen Inntal bis Pfunds hinein vollständig abgeschnitten. Die Betonarbeiten sollen raschestens beendet werden, damit die bisher aufgewendeten Geldopfer nicht umsonst gebracht wurden. Die Reichsstraße nach Prutz, Pfunds, Manders, Reschen mit Anschluß an das Engadin in der Schweiz ist gefährdet, wenn eben diese Arbeiten bei der Gerberbrücke nicht beschleunigt werden. Der Ausbau der Bahn stellt, nachdem der Tunnel die gefährlichen Stellen umgeht, eigentlich die Verbindung mit den Ortschaften her. Die Stationsgebäude in Fließerau sind fertig, doch ist nicht anzunehmen, daß mit der gegenwärtigen Zahl der Arbeiter der Bahnbau fertiggestellt werden könnte.

Der Ausschuß hat daher in voller Würdigung der Angelegenheit einstimmig den Beschluß gefaßt (liest):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, für eine beschleunigte Durchführung des

Bauprogrammes der Linie Landeck—Pfunds Sorge zu tragen und insbesondere die Wirtschaft beim Bau der beiden bereits vergebenen Lose zu überprüfen.“

Gleichzeitig hätte ich noch richtigzustellen, daß im Antrag 944 der Beilagen, im ersten Absatz die Zahl 11.100 Millionen Kronen steht. Hier liegt ein arger Druckfehler vor. Es soll nur heißen: 100 Millionen. Das ist übersehen worden. Ich bitte diese Richtigstellung zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident: Ich eröffne die Debatte.

Zum Worte hat sich gemeldet der Herr Bundesminister für Verkehrswesen; ich erteile ihm das Wort.

Bundesminister für Verkehrswesen **Dr. Odehnal:** Hohes Haus! Der Bau der Bahnlinie Landeck—Pfunds wurde im Frühjahr 1918 von der Militärbauleitung der Reschenscheideckbahn begonnen und mit Aufwendung eines großen technischen Hilfskörpers bis zum November 1918 fortgeführt. Infolge der Ereignisse dieses Monats entstand für die Staatsverwaltung die unabweisliche Pflicht, nicht nur die auf der Baustrecke vorhandenen Baustoffe und Werkzeuge zu sichern, sondern auch ungefäumt das Nötige vorzuziehen, um die bereits bewirkte Herstellung vor Verfall und Zerstörung zu schützen. Nach Durchführung der hierzu unbedingt notwendigen Sicherungsarbeiten waren die Bestrebungen der Bundesbahnverwaltung in Übereinstimmung mit den Wünschen des Tiroler Landtages und der lokalen Interessenten darauf gerichtet, die Bauarbeiten auf der in Angriff genommenen Teilstrecke Landeck—Tösens fortzusetzen und die begonnenen Arbeiten für die Zwecke einer das Oberinntal erschließenden Lokalbahn nutzbar zu machen. Diesem Zwecke wird nach den von uns gepflogenen eingehenden Erhebungen unter den gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen am besten durch die Herstellung einer mit den Anlageverhältnissen der Rhätischen Bahnen auszustattenden einmeterspurigen Lokalbahn, deren Bau, Erhaltung und Betrieb billiger sind als bei einer Bollbahn, entsprochen. Leider hat die bedrängte Lage der Bundesfinanzen bis jetzt nicht gestattet, die Bauarbeiten in einer die Öffentlichkeit, und, wie ich ausdrücklich feststellen muß, auch die Bundesbahnverwaltung befriedigenden Weise zu fördern, da seit dem Umsturze bis jetzt nur etwa 300 Millionen Kronen für den Bahnbau verausgabt werden konnten. Im Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1922 ist bisher für den Bahnbau ein Kredit von 320 Millionen Kronen vorgesehen.

Der Knappheit der zur Verfügung stehenden Geldmittel entsprechend, konnten wir die an zwei

Bauunternehmungen vergebenen unter besonders schwierigen Verhältnissen von der Bauaufsicht in Landeck zu leitenden und überwachenden Arbeiten nur in beschränktem Maße und mit einer verhältnismäßig geringen Zahl von Arbeitern in einer Weise fortführen, die allerdings unter den gegebenen Verhältnissen nicht ganz den Geboten der Bauökonomie entsprechen konnte.

Seit der Übernahme des Bauwerkes wurde der Personalstand der Bauaufsicht immer mehr vermindert und beträgt jetzt gegenüber einem Anfangsstande von 34 nur mehr 9 Bedienstete, nämlich einen Bauleiter, einen Grundeinlösungsreferenten, zwei Ingenieure, zwei Rechnungs- und Kanzleibeamte und einen Kanzleidiener. Ein weiterer Abbau des Personals dieser Dienststellen ist gegenwärtig kaum mehr zulässig; sollten die von uns beanspruchten künftigen Geldmittel im vollen Ausmaße bewilligt werden, so müßte bei diesem außerordentlich schwierigen Bahnbau eine Verstärkung des Personals um etwa zwei Ingenieure in Aussicht genommen werden.

Übrigens möchte ich hervorheben, daß das Personal der staatlichen Bauaufsicht in früherer Zeit, als teilweise überflüssige Kräfte zur Verfügung standen, für die Feld- und Entwurfsarbeiten des zweiten Gleises der Arlbergbahn, für deren Elektrifizierung und für den Umbau der Trifannabrücke, selbstredend ohne daß hiedurch diese Bediensteten eine besondere Entlohnung erhielten, herangezogen wurde.

Die mit den beiden Bauunternehmungen abgeschlossenen Verträge entsprechen durchaus jenen Vereinbarungen, die bei Vergabung ähnlicher staatlicher Bauten jetzt üblich sind; die mehrfach geäußerte Beforgnis, daß die Bauunternehmungen aus den Verträgen einen übermäßigen, ungerechtfertigten Gewinn erzielen, erscheint mir daher nicht begründet. Dies geht auch aus der Tatsache hervor, daß sich die Bauunternehmungen durch einzelne Bestimmungen dieser Verträge benachteiligt fühlen und über Änderungen derselben langwierige, derzeit noch nicht abgeschlossene Verhandlungen durchgeführt werden müssen.

Die im Zuge der Bahnlinie durchzuführenden Grundeinlösungen begegneten zeitweise gewissen Hemmungen, die weniger auf die beschränkten Geldmittel, als auf den beim Grundbuchgerichte nied vorhandenen Personalmangel und auf die Weigerung der Grundbesitzer zurückzuführen waren, ihre Gründe gegen eine den Verhältnissen angemessene Entschädigung in inländischem Gelde abzutreten. In allen diesen Belangen ist seither eine gewisse Besserung zu verzeichnen und es ist zu hoffen, daß die Grundeinlösungsaktion in klagloser Weise zu einem baldigen Ende geführt werden kann.

Falls für das Verwaltungsjahr 1923 zum Zwecke der Fortsetzung des Bahnbaues Landeck—Tösens entsprechend höhere Beträge zur Verfügung gestellt werden können, wird es möglich sein, eine weitaus größere Anzahl von Arbeitern einzustellen und unter besserer Ausnutzung des vorhandenen Bauapparates die Bauarbeiten derart zu betreiben, daß die erste Teilstrecke bis Bruz in einigen Jahren betriebsfähig hergestellt sein wird.

Das Land Tirol hat mit den Beschlüssen vom 1. Februar und 29. Mai 1922 seinem Interesse am Bahnbau dadurch Ausdruck verliehen, daß es einen Beitrag von fünf Millionen Kronen bewilligte.

Ich werde nicht ermangeln, mich bei nächster Gelegenheit von dem Zustande des Bauwerkes und den beim Bahnbau herrschenden Verhältnissen persönlich durch den Augenschein zu überzeugen. (*Bravo! Bravo!*) Ich werde hierzu die Herren Antragsteller ebenfalls einladen, damit wir dort einen Augenschein vornehmen können und ich bitte Sie, versichert zu sein, daß ich allfällige vorgefundene Mängel im Vereine mit Ihnen sofort abstellen werde. (*Beifall.*)

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Hauweis.

Abgeordneter Hauweis: Hohes Haus! Als alter Vorkämpfer für den Ausbau der Wintschgauerbahn und somit auch der Bahn Landeck—Pfunds begrüße ich die vom Verkehrsanschuss in dieser Angelegenheit vorgeschlagene Entschliebung sehr und bitte den hohen Nationalrat, derselben seine Zustimmung nicht zu versagen. Ich glaube, die Stimmung in der Bevölkerung, welche durch diesen Bahnbau besonders profitieren soll, genau zu kennen. Ich möchte deshalb sagen, die Bevölkerung jener Gegend hätte es sicherlich lieber gesehen, wenn die vorgeschlagene Entschliebung in die Aufforderung an die Regierung ausgeklungen wäre, daß etwa innerhalb der Budgetjahre 1923 und 1924 die Mittel zur Fortsetzung des Ausbaues der Bahnlinie Landeck—Bruz, das ist der Strecke, die im Bau am weitesten vorgeschritten ist, in einem solchen Ausmaße bereitzustellen sind, so daß mit ziemlicher Sicherheit darauf zu rechnen ist, es werde im Jahre 1925 die Linie in Betrieb gesetzt werden können. Damit wäre nicht nur der Bevölkerung des obersten Juntales viel geholfen, sondern es würden ja auch die Kosten der Weiterführung des Bahnbaues erheblich ermäßigt, weil alle Materialien, die weiter hinauf angeliefert werden müssen, dann nicht mehr per Wagen, sondern per Eisenbahn befördert werden könnten.

Es hat eine eigene Bewandnis mit diesem Bahnbau. In der Zeit nach dem Umsturze hat es einige Zeit so ausgesehen, als würde er kaum fort-

gesetzt werden. Später wurden mit geringen Mitteln die Arbeiten aufgenommen. Erst in der letzten Zeit, insbesondere im letzten Jahre, wo es gelungen ist, einen größeren Kredit für denselben im Budget unterzubringen, ist mehr Schwung hineingekommen, so daß die Bevölkerung endlich sieht, es geht jetzt etwas besser vorwärts.

Die Bevölkerung ist auch mit der Art und Weise, wie zum Beispiel die Grundeinlösung insbesondere früher durchgeführt worden ist, einigermaßen unzufrieden. Man hat den Leuten zuerst unverhältnismäßig niedrige Ablösungspreise geboten. Allerdings muß man auch in Betracht ziehen, daß während dieser Zeit eine bedeutende Geldentwertung eingetreten ist, so daß die Angebote, die den Parteien gemacht wurden, in einem oder zwei Monaten dem gesunkenen Geldwerte nicht mehr angepaßt, also viel zu niedrig waren. Infolgedessen haben die Leute ihre Forderungen erhöht, ja es ist soweit gekommen, daß die Leute ihren Grund am liebsten gegen dem für den Bahnbau zur Verfügung gestellt hätten, daß die Entschädigung erst nach einer gewissen Zeit festgesetzt und auch ausbezahlt wurde, also dann, wenn der Wert der Krone bereits einigermaßen stabil geworden ist, für den Entgang des Feldnutzens wünschten sie eine den jeweiligen Preisen angepaßte und jährliche Entschädigung. Aber das war, scheint es, nicht zu machen. Jedoch man wird diese Forderung der Parteien begreiflich finden, wenn man bedenkt, wie wenig Kulturland in der Talsohle in jener Gegend zur Verfügung steht und die Parteien, welche für den Bahnbau Gründe herzugeben hatten, deshalb keinen Ersatz dafür sich beschaffen konnten.

Ferner ist — der Herr Bundesminister hat es hervorgehoben — in Folge verschiedener Zwischenfälle die Auszahlung der Grundeinlösungsbeträge verzögert worden, so zum Beispiel dadurch, daß beim Bezirksgericht in Nied die Grundbuchs-, beziehungsweise Hypothekenzertifikate nicht rechtzeitig fertiggestellt werden konnten.

Es war aber auch noch ein anderer Umstand, der die Leute aufgebracht hat. Man hat nämlich zuerst mehr technisches und Kanzleipersonal verwendet, als nach der Anschauung der Bevölkerung der Zahl der beim Bahnbau beschäftigten manuellen Arbeiter entsprach, und da meinte man nun, und kaum mit Unrecht, daß das für den Bau verfügbare Geld dadurch stark absorbiert werde.

Der Herr Bundesminister hatte die Freundlichkeit, in Aussicht zu stellen, den fraglichen Bahnbau heuer zu inspizieren, um bei dieser Gelegenheit auch mit der Bevölkerung in Verbindung zu treten und ihre Wünsche und Beschwerden entgegennehmen zu können. Ich möchte bitten, daß dieser Besuch möglichst bald stattfinde und daß bei Gelegenheit dieses Besuches auch einigermaßen entschieden werde

über die Bereitstellung der Mittel zur Durchführung desselben wenigstens bezüglich der Strecke Landeck—Bruch innerhalb einer bestimmten Zeit.

Von der Erklärung des Herrn Bundesministers bezüglich der Spurweite bin ich betroffen. Es ist eine alte Forderung der Bevölkerung jener Gegend, daß die Strecke von Landeck ab nicht als Schmalspur, sondern wenigstens bis nach Bruch als Normalspur gebaut werde. Der Unterbau für eine solche ist ohnehin schon vorgesehen. An den Herrn Bundesminister für Finanzen möchte ich noch die Bitte richten, daß er in bezug auf die Bereitstellung der Mittel zur Fertigstellung der Strecke Landeck—Bruch viel weniger zugeknöpft sei, als es seine Vorgänger bisher waren. *(Lebhafter Beifall.)*

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Schmidt; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Schmidt: Hohes Haus! Der seit dem Umsturz ins Stocken geratene Bahnbau Landeck—Töfens war schon wiederholt Gegenstand von Interpellationen und persönlichen Vorstellungen bei den zuständigen Stellen. Ich erinnere mich, daß die Tiroler Landesregierung wiederholt an das Verkehrsministerium die dringende Bitte gerichtet hat, daß endlich diese Bahnbauarbeiten vorwärts gebracht werden, weil das Oberinntal zur Verwertung seines außerordentlichen Holzreichtums diesen Bahnbau unbedingt braucht, weil aber auch die Verbindung dieses Landesteiles mit dem Oberen Engadin von außerordentlicher Bedeutung ist. Obwohl ich in der Lage wäre, auf die einzelnen Bauphasen einzugehen, weil ich sie aus persönlicher Anschauung kenne, und ich hier vorwegnehmen darf, daß ich nicht die erfreulichsten Eindrücke gewonnen habe, möchte ich doch darauf verzichten, um so mehr, als der Herr Bundesminister für Verkehrswesen hier in loyaler Weise zugegeben hat, daß auch er die Überzeugung gewonnen hat, es sei dort nicht in der richtigen hausökonomischen Weise vorgegangen worden. Aber der Baufortschritt seit dem Umsturz, das ist seit rund vier Jahren, ist denn doch ein so minimaler, daß auch ein Nichtfachmann den Kopf schüttelt und sich sagen muß, wie ist es möglich, daß man eine Bahnlinie, die so außerordentlich wichtig ist, nicht mehr fördert? Ich glaube, daß gerade Tirol, das durch den Staatsvertrag von Saint-Germain so außerordentlich zu leiden hat, denn es hat seinen schönsten und wertvollsten Teil, Südtirol, verloren, es verdienen würde, daß die Regierung es in der Aufrichtung seiner Wirtschaft nach Möglichkeit unterstütze. Aber wir in Tirol haben eigentlich nicht die Überzeugung, daß die Regierung bisher diesem unseren berechtigten Wunsche Rechnung getragen hätte. Ja, im Gegenteil, wir glauben mit Recht sagen zu dürfen, daß wir in

vielen Belangen seitens der Regierung nicht mit jenem Maße an Zuborkommenheit bedacht wurden, wie wir es füglich hätten erwarten können.

Wenn der Herr Verkehrsminister gemeint hat, daß wir damit rechnen können, daß das erste Bau-los bis Töfens in einigen Jahren dem Betrieb übergeben werden kann, so glaube ich wohl im Sinne aller drei Parteien des Tiroler Landes zu sprechen, wenn ich sage, daß wir Tiroler mit dieser Zeitfestsetzung nicht einverstanden sind. Unsere Bitte geht dahin, daß die Regierung alles versuche, um endlich diesen Bahnbau in ein Bautempo zu bringen, daß die Bevölkerung die Überzeugung gewinnt, der Regierung ist es ernst mit der Ausführung dieser wichtigen Bahnstrecke und sie hat auch den Willen, diese Bahnstrecke so rasch zu fördern, daß wir in absehbarer Zeit und nicht erst nach Jahren den Anschluß an das Engadin, an die Schweiz bekommen. *(Beifall.)*

Präsident: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Wünscht der Herr Referent ein Schlußwort?

Berichterstatter Schreiber: Ich verzichte!

Präsident: Der Herr Referent verzichtet auf das Schlußwort. Wir schreiten daher zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dem Antrage des Herrn Berichterstatters ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Das hohe Haus hat den Antrag des Herrn Berichterstatters genehmigt.

Wir kommen nunmehr zum nächsten Punkt der Tagesordnung. Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Dr. Waiz die Verhandlungen über den Bericht des Justizauschusses über die Vorlage der Bundesregierung (804 der Beilagen), betreffend ein Bundesgesetz über Beschränkungen der Exekution (Exekutionsnovelle vom Jahre 1922) (1078 der Beilagen), einzuleiten.

Berichterstatter Dr. Waiz: Hohes Haus! Da dem hohen Hause bezüglich dieses Gesetzes ohnedies ein ausführlicher schriftlicher Bericht vorliegt, genügt es wohl, auf diesen Bericht zu verweisen und es können daher weitere mündliche Ausführungen unterbleiben. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß sich der Ausschuss dessen bewußt war, daß es sich bei diesem Gesetz um ein Glied in der Reihe der Entlastungsmaßregeln handelt und daher die rascheste Verabschiedung des Gesetzes erwünscht ist. Ich stelle daher im Namen des Justizauschusses den Antrag, der Nationalrat wolle dem Gesetzentwurf in der Fassung des Ausschusses seine Zustimmung erteilen.

Präsident: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall, wir schreiten zur Abstimmung.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche die Artikel I bis einschließlich VI sowie Titel und Eingang des Gesetzes annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Berichterstatter Dr. **Wais:** Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Präsident: Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche der sofortigen Vornahme der dritten Lesung zustimmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschicht.) Die sofortige Vornahme der dritten Lesung ist mit Zweidrittelmehrheit beschlossen.

Wünscht jemand in der dritten Lesung das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche das Gesetz auch in dritter Lesung annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschicht.)

Das Bundesgesetz über Beschränkungen der Exekution (Exekutionsnovelle vom Jahre 1922) (gleichlautend mit 1078 der Beilagen) ist auch in dritter Lesung genehmigt.

Ich breche die Verhandlung ab.

Das Ausschußmandat hat zurückgelegt Abgeordneter Hammerstorfer als Ersatzmann des Ausschusses für soziale Verwaltung. Wenn keine Einwendung erhoben wird, werde ich die Ersatzwahl durch Abstimmung über den mir vorliegenden Wahlvorschlag vornehmen. (Nach einer Pause.) Eine Einwendung wird nicht erhoben, ich werde daher in dieser Weise vorgehen.

Der Wahlvorschlag lautet: Ausschuß für soziale Verwaltung Ersatzmann Scheibin. Ich ersuche diejenigen Abgeordneten, die mit diesem Wahlvorschlag einverstanden sind, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschicht.) Der Wahlvorschlag ist angenommen und damit die Ersatzwahl vollzogen.

Die heute eingebrachten Vorlagen der Bundesregierung werde ich, und wenn keine Einwendung erhoben wird, sofort zuweisen und zwar:

Die Vorlage der Bundesregierung, betreffend Sturmschäden des Ziegelbaches am Gebäude Wien, I., Fleischmarkt Nr. 19 (Laurenzergebäude) (1093 der Beilagen);

die Vorlage der Bundesregierung über die Mündelsicherheit der 5 1/2-prozentigen Teilschuldverschreibungen des von der Oberösterreichischen Wasserkraft- und Elektrizitäts-Aktiengesellschaft in Linz aufzunehmenden Anlehens im Nennbetrage von 1000 Millionen Kronen (1094 der Beilagen);

die Vorlage der Bundesregierung, betreffend die Anlage einer Zufahrtsstraße und die Durchführung baulicher Herstellungen bei der Tabakfabrik in Wien-Dttakring (1095 der Beilagen) und

die Vorlage der Bundesregierung, betreffend bauliche Wiederherstellungsarbeiten in der Strafanstalt in Graz (1096 der Beilagen); dem Finanz- und Budgetausschusse.

Es wird keine Einwendung erhoben, ich werde die Zuweisung veranlassen.

Die nächste Sitzung schlage ich vor für Donnerstag, den 13. Juli 1922, um 3 Uhr nachmittags, mit folgender Tagesordnung.

1. Eventuell: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (1039 der Beilagen), betreffend die Fortsetzung der mit dem Abbau der Lebensmittelzuschüsse des Bundes zusammenhängenden Fürsorgemaßnahmen. (II. Novelle zum Abbaugesetz).

2. Bericht des Ausschusses für Heereswesen über die Vorlage der Bundesregierung (442 der Beilagen), betreffend das Bundesgesetz über die Handhabung der Disziplinarstrafgewalt gegen Zivilangestellte der Heeresverwaltung (Zivilangestelltendisziplinargesetz) (1091 der Beilagen).

3. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über den Antrag der Abgeordneten Pic, Allina, Seber, Leuthner und Genossen (49 der Beilagen) auf ein Theatergesetz (1006 der Beilagen).

4. Eventuell: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung, betreffend die Errichtung einer österreichischen Notenbank (1041 der Beilagen).

5. Fortsetzung der Verhandlung über die Vorlage, betreffend ein Bundesgesetz über den unlauteren Wettbewerb (913 der Beilagen).

Wird gegen meinen Vorschlag eine Einwendung erhoben? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall, mein Vorschlag ist genehmigt und die heutige Sitzung geschlossen.

Schluß der Sitzung: 3 Uhr 45 Minuten nachmittags.